

Grundzüge der Sozialgerichtsbarkeit

Strukturen – Kompetenzen – Verfahren

Von

Dr. Ulrich Wenner
Richter am Bundessozialgericht

Dr. Franz Terdenge
Richter am Bundessozialgericht

Dr. Renate Martin
Richterin am Landessozialgericht Berlin

begründet von
Prof. Dr. Helmar Bley

2., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Vorwort

Das Erscheinen der ersten Auflage der „Grundzüge“ liegt inzwischen über zwanzig Jahre zurück. Die Entwicklung des Sozialgerichtsgesetzes, die Veränderungen im Zuge der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands sowie die immer weiter fortschreitende Integration des deutschen Sozialrechts in ein europäisches Sozialrecht sind nur einige der Gründe, die eine völlige Neubearbeitung des Werkes erforderlich gemacht haben. Unverändert geblieben ist allerdings die Zielsetzung Bleys bei der ersten Auflage, nämlich Studierenden wie an der Sozialgerichtsbarkeit interessierten Praktikern einen verlässlichen Überblick über Gestalt, Stellung und Aufgaben der Sozialgerichte und über das sozialgerichtliche Verfahren in systematischer Form zu geben. Die Anforderungen, die die Leser an einen solchen Überblick stellen, haben sich nach unserer Auffassung allerdings gewandelt. Wer sich heute mit der Sozialgerichtsbarkeit beschäftigen will oder zu Ausbildungszwecken muß, will wissen, wie die Gerichte organisiert sind, wie sie tatsächlich arbeiten, wer über die Auswahl der Richter nach welchen Kriterien entscheidet, was richterliche Unabhängigkeit in der Sozialgerichtsbarkeit praktisch bedeutet und wo Konflikte zwischen den Gerichten und der Justizverwaltung bestehen. Bei der Darstellung des gerichtlichen Verfahrens dürfte das Interesse am Begriff des Streitgegenstandes im Anfechtungsprozeß geringer sein als dasjenige an Informationen, wie die Sachverhaltsermittlung vor allem bei medizinischen Fragestellungen tatsächlich erfolgt, wer wie auf die Auswahl der Sachverständigen Einfluß nehmen kann und wann welche Beweisanträge sinnvollerweise gestellt werden. Diesem von uns vermuteten Leserinteresse an den aktuellen Problemen der Gerichtsbarkeit und den praktisch relevanten Fragestellungen des gerichtlichen Verfahrens soll die Darstellung entgegenkommen.

Die Neubearbeitung ist nicht mehr durch einen Hochschullehrer, sondern durch drei richterlich tätige Autoren erfolgt, von denen jeder die Verantwortung für die von ihm bearbeiteten Teile alleine trägt. Dieser Wechsel bedingt ebenfalls eine gewisse Verschiebung der Perspektive zugunsten einer verstärkten Ausrichtung auf die Behandlung praktisch relevanter Fragen. Der Umfang des Buches und sein Charakter als Einführungswerk erfordern eine deutliche Orientierung an der Rechtsprechung, vor allem des Bundesverfassungsgerichts und des Bundessozialgerichts, die insbesondere im Verfahrensrecht die Praxis nachhaltig bestimmt. Auf umstrittene Probleme wird gleichwohl selbstverständlich hingewiesen; die Tatsache, daß zwei der Autoren an der Recht-

Vorwort

sprechung des Bundessozialgerichts mitwirken, hat nicht zur Folge, daß kritische Anfragen an diese Rechtsprechung unterbleiben, wie beispielhaft im Kapitel über die Nichtzulassungsbeschwerde deutlich wird.

Kassel, Dortmund, Berlin im Januar 1999

Die Verfasser

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
Vorwort	5	
Inhaltsverzeichnis	7	
Abkürzungsverzeichnis	15	
1. Die Sozialgerichtsbarkeit im Gefüge der staatlichen Institutionen	19	1– 83
1.1 Sozialgerichtsbarkeit als Bestandteil der Rechtsprechung im Sinne des Art. 20 Abs. 2 GG	19	1– 17
1.1.1 Staatsfunktion „Rechtsprechung“	19	1– 3
1.1.2 Richterliche Unabhängigkeit nach Art. 97 Abs. 1 GG	20	4– 5
1.1.3 Richterliche Unabhängigkeit in der sozialgerichtlichen Praxis	22	6– 17
1.1.3.1 Auswahl von Sachverständigen	22	8
1.1.3.2 Ort der mündlichen Verhandlung	23	9
1.1.3.3 Durchführung und Gestaltung der mündlichen Verhandlung	24	10
1.1.3.4 Absetzen von verkündeten Urteilen	26	13– 14
1.1.3.5 Bindung an die höchstrichterliche Rechtsprechung	27	15– 16
1.1.3.6 Einbindung der Richter in die Behördenstruktur	28	17
1.2 Geschichtliche Entwicklung der Sozialgerichtsbarkeit	29	18– 20
1.2.1 Schiedsgerichte und Spruchkörper der Versicherungsämter	29	19
1.2.2 Gerichtscharakter der Spruchkörper	31	20
1.3 Aufbau und Entwicklung der Sozialgerichtsbarkeit nach 1945	31	21– 26
1.3.1 Streit über die Eigenständigkeit der Sozialgerichtsbarkeit	32	22– 23
1.3.2 Gewinnung von Berufsrichtern für die „neue“ Sozialgerichtsbarkeit	33	24
1.3.3 Deutsche Sozialrichterkarrieren und die Umbrüche 1945 und 1989	34	25– 26

		Seite	Randziffer
1.4	Sozialgerichtsbarkeit in den neuen Bundes-		
	ländern	35	27– 34
1.4.1	Sozialrechtsschutz in der ehemaligen DDR	35	27– 30
1.4.2	Übergangsphase	36	31
1.4.3	Situation nach der Wiedervereinigung	37	32– 33
1.4.4	Besonderheiten für Berlin	38	34
1.5	Sozialgerichtsbarkeit und Verfassungsgerichts-		
	barkeit	39	35– 61
1.5.1	Verfassungsgerichtliche Überprüfung von		
	Gerichtsentscheidungen	39	35– 49
1.5.1.1	Verfassungsgerichtliche Kontrolle des gericht-		
	lichen Verfahrens	40	38– 42
1.5.1.2	Verfassungsbeschwerde und Normenkontrolle	42	43– 46
1.5.1.3	Verfassungsgerichtliche Prüfung der Rechts-		
	anwendung	46	47– 49
1.5.2	Verfassungsgerichtliche Steuerung der sozial-		
	rechtlichen Gestaltung	48	50– 53
1.5.2.1	Verfassungskonforme Auslegung	48	50
1.5.2.2	Verfassungsgerichtliche Anweisungen an den		
	Gesetzgeber	48	51– 53
1.5.3	Normprüfung durch die Sozialgerichte und Vor-		
	lagepflicht an das BVerfG nach Art. 100 GG ..	50	54– 60
1.5.3.1	Richtervorlagen nach Art. 100 GG durch die		
	Sozialgerichte	50	55– 56
1.5.3.2	Anwendung verfassungsrechtlich umstrittener		
	Normen vor verfassungsgerichtlicher Klärung	52	57– 60
1.5.4	Personelle Verflechtung von Verfassungs- und		
	Sozialgerichtsbarkeit	53	61
1.6	Sozialgerichtsbarkeit und Rechtsprechung im		
	Bereich der EG	54	62– 83
1.6.1	Klagearten allgemein	54	62– 63
1.6.2	Vorabentscheidungen	55	64– 79
1.6.3	Das Gericht erster Instanz der Europäischen		
	Gemeinschaften	61	80
1.6.4	Die Verwaltungskommission für die soziale		
	Sicherheit der Wanderarbeitnehmer und der		
	Beratende Ausschuß	62	81– 82
1.6.5	Der Europäische Gerichtshof für Menschen-		
	rechte	63	83

	Seite	Randziffer
2. Aufbau und Organisation der Sozialgerichtsbarkeit	65	84–103
2.1 Gerichtsaufbau und personelle Struktur der Gerichtsbarkeit	65	84– 88
2.1.1 Zahl der Sozialgerichte und der dort tätigen Richter	65	84– 85
2.1.2 Berufliches Profil der Richter	66	86– 88
2.2 Berufsrichter und ehrenamtliche Richter	68	89–103
2.2.1 Bestellung der Berufsrichter	68	90– 95
2.2.1.1 Richterernennungen in den Bundesländern	68	90
2.2.1.2 Wahl und Ernennung der Bundesrichter	69	91– 93
2.2.1.3 Mitwirkung des Ausschusses der Sozialpartner bei der Richterernennung	70	93– 95
2.2.2 Bestellung der ehrenamtlichen Richter	72	96–103
2.2.2.1 Auswahl und Berufung der ehrenamtlichen Richter	72	97
2.2.2.2 Ehrenamtliche Richter in „Angelegenheiten der Sozialversicherung“	73	98
2.2.2.3 Ehrenamtliche Richter im Versorgungs- und Schwerbehindertenrecht	73	99
2.2.2.4 Ehrenamtliche Richter im Kassenarztrecht	75	100–103
3. Rechtsprechungsaufgaben der Sozialgerichte	79	104–128
3.1 Gesetzliche Kompetenzzuweisungen	79	104–111
3.1.1 Angelegenheiten der Sozialversicherung	79	105
3.1.2 Versorgungsrecht	80	106–107
3.1.3 Kassenarztrecht	81	108
3.1.4 Weitere Zuständigkeiten	82	109–111
3.2 Tätigkeitsschwerpunkte innerhalb des Zuständigkeitsbereichs	83	112–116
3.3 Abgrenzung zu anderen Gerichtsbarkeiten	84	117–128
3.3.1 Öffentlich-rechtliche und bürgerlich-rechtliche Streitigkeiten	84	117–120
3.3.2 Sozialgerichtsbarkeit und Finanzgerichtsbarkeit	87	121
3.3.3 Sozialgerichtsbarkeit und Verwaltungsgerichtsbarkeit	87	122–123
3.3.4 Sozialgerichtsbarkeit und Arbeitsgerichtsbarkeit	88	124–128

		Seite	Randziffer
3.3.4.1	Schnittstelle Arbeits- und Beschäftigungsverhältnis	89	125–127
3.3.4.2	Schnittstelle Beendigung des Arbeitsverhältnisses	90	128
4.	Das sozialgerichtliche Verfahren	93	129–606
4.1	Das Klagesystem	93	129–208
4.1.1	Die isolierten Klagen	93	130–198
4.1.1.1	Vorverfahren	93	130–144
4.1.1.2	Anfechtungsklage	97	145–158
4.1.1.3	Verpflichtungsklage	102	159–166
4.1.1.4	Untätigkeitsklage	104	167–172
4.1.1.5	Allgemeine Leistungsklage	105	173–179
4.1.1.6	Feststellungs- und Fortsetzungsfeststellungsklage	107	180–195
4.1.1.7	Sonstige Klagearten	111	196–198
4.1.2	Die kombinierten Klagen	112	199–208
4.2	Verfahrensbeteiligte und Prozeßvertretung	113	209–263
4.2.1	Beteiligte	113	209–232
4.2.1.1	Beteiligtenfähigkeit	113	209–214
4.2.1.2	Beiladung	115	215–227
4.2.1.3	Streitgenossenschaft und Hauptintervention ...	120	228–232
4.2.2	Prozeßfähigkeit	122	233–237
4.2.3	Prozeßbevollmächtigung	124	238–252
4.2.3.1	Allgemeines	124	238–239
4.2.3.2	Vollmacht	124	240–243
4.2.3.3	Beistände	126	244
4.2.3.4	Besondere Vertreter	127	245–247
4.2.3.5	Ausschluß von Bevollmächtigten	127	248–252
4.2.4	Prozeßkostenhilfe	129	253–263
4.3	Zuständigkeit	134	264–294
4.3.1	Rechtsweg	134	264–267
4.3.2	Örtliche Zuständigkeit	134	268–274
4.3.3	Sachliche Zuständigkeit	136	275–278
4.3.4	Instanzielle Zuständigkeit	138	279–289
4.3.5	Verweisung	142	290–294

	Seite	Randziffer
4.4 Der Ablauf des Verfahrens in den Tatsachen-		
instanzen	144	295–480
4.4.1 Die Verfahrensprinzipien	144	295–342
4.4.1.1 Das rechtliche Gehör	144	295–315
4.4.1.1.1 Das rechtliche Gehör im vorbereitenden		
Verfahren	146	301–307
4.4.1.1.2 Das rechtliche Gehör in der mündlichen		
Verhandlung	148	308–309
4.4.1.1.3 Das rechtliche Gehör bei der Urteilsfindung ..	149	310–315
4.4.1.2 Der Grundsatz des fairen Verfahrens	151	316–317
4.4.1.3 Das Amtsermittlungsprinzip	151	318–332
4.4.1.4 Die Dispositionsmaxime	156	333–336
4.4.1.5 Das Mündlichkeitsprinzip	157	337–338
4.4.1.6 Der Beschleunigungsgrundsatz	158	339–342
4.4.2 Allgemeines	159	343–378
4.4.2.1 Bekanntgabe der Mitteilungen des Gerichts	159	343–347
4.4.2.2 Fristen	161	348–371
4.4.2.2.1 Fristgebundene Verfahrenshandlungen	161	348–349
4.4.2.2.2 Richterliche Fristen	163	350–356
4.4.2.2.3 Berechnung von Fristen	164	357–360
4.4.2.2.4 Fristverlängerung bei fehlerhafter Rechts-		
behelfsbelehrung	165	361–363
4.4.2.2.5 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	166	364–371
4.4.2.3 Ausschließung und Ablehnung von Gerichts-		
personen	169	372–376
4.4.2.4 Gerichtssprache	171	377–378
4.4.3 Die Einleitung des Verfahrens	171	379–383
4.4.3.1 Die Klageerhebung	171	379–381
4.4.3.2 Form und Frist der Klage	172	382–383
4.4.4 Der Gegenstand des Verfahrens	173	384–399
4.4.4.1 Grundlagen	173	384
4.4.4.2 Die Klagenhäufung	173	385
4.4.4.3 Die Klageänderung	174	386–394
4.4.4.4 Weitere Bescheide nach Klageerhebung	177	395–399
4.4.5 Das vorbereitende Verfahren	179	400–408
4.4.5.1 Maßnahmen im vorbereitenden Verfahren	179	400–402
4.4.5.2 Verfahrensgestaltende Zwischenentscheidungen	180	403–408
4.4.6 Die Beweisaufnahme	182	409–437
4.4.6.1 Das Unmittelbarkeitsprinzip	182	409–412

	Seite	Randziffer
4.4.6.2 Grundlagen	184	413–420
4.4.6.3 Sachverständige	186	421–430
4.4.6.4 Zeugen	191	431–432
4.4.6.5 Urkunden	192	433
4.4.6.6 Augenschein	192	434
4.4.6.7 Die Wertung der Beweismittel	192	435–436
4.4.6.8 Eine Besonderheit: Das selbständige Beweis- verfahren	193	437
4.4.7 Die mündliche Verhandlung	194	438–448
4.4.7.1 Die Ladung	194	439–441
4.4.7.2 Der Ablauf der mündlichen Verhandlung	196	442–444
4.4.7.3 Die Sitzungsniederschrift	197	445
4.4.7.4 Beratung und Abstimmung	198	446–448
4.4.8 Die Beendigung des Verfahrens	199	449–472
4.4.8.1 Die unstreitige Beendigung des Verfahrens	199	449–461
4.4.8.1.1 Vergleich	199	449–453
4.4.8.1.2 Die Rücknahme der Klage	201	454–457
4.4.8.1.3 Das Anerkenntnis	202	458–459
4.4.8.1.4 Die Erledigungserklärung	203	460–461
4.4.8.2 Die Beendigung des Verfahrens durch Urteil und Gerichtsbescheid	204	462–472
4.4.8.2.1 Die Voraussetzungen von Urteil und Gerichtsbescheid	204	462–464
4.4.8.2.2 Urteilsgrundlagen	205	465
4.4.8.2.3 Inhalt des Urteils	206	466
4.4.8.2.4 Arten des Urteils	207	467–472
4.4.9 Die Kosten	209	473–479
4.4.10 Die Zulassung der Berufung	211	480
4.5 Das Berufungsverfahren	212	481–503
4.5.1 Die Zulässigkeit der Berufung	212	481–486
4.5.1.1 Die Statthaftigkeit der Berufung	212	481–484
4.5.1.2 Die Berufungsfrist	214	485
4.5.1.3 Form und Inhalt der Berufungsschrift	214	486–487
4.5.2 Die Begründetheit der Berufung	215	488–490
4.5.3 Die Anschlußberufung	215	491
4.5.4 Besonderheiten des vorbereitenden Verfahrens im Berufungsverfahren	216	492–496
4.5.4.1 Die Aufgabenverteilung zwischen Berichter- stattern und Vorsitzenden	216	492–495

	Seite	Randziffer
4.5.4.2 Erneute Beweisaufnahme	218	496
4.5.5 Die Beendigung des Berufungsverfahrens	219	497–503
4.5.5.1 Die Beendigung des Berufungsverfahrens ohne Urteil	219	497
4.5.5.2 Die Beendigung des Verfahrens durch Berufungsurteil und Beschlüsse nach § 158 und nach § 153 Abs. 4 SGG	219	498–502
4.5.5.2.1 Die Bezugnahme auf das erstinstanzliche Urteil	219	499
4.5.5.2.2 Die Zurückverweisung	220	500–501
4.5.5.2.3 Die Kostenentscheidung	221	502
4.5.5.3 Die Beendigung des Verfahrens durch Beschluß nach § 158 SGG	221	503
4.6 Revisionsverfahren	222	504–537
4.6.1 Grundstrukturen und Funktion des Revisionsverfahrens	222	504–509
4.6.2 Voraussetzungen der Zulassung der Revision .	225	510–515
4.6.2.1 Grundsätzliche Bedeutung	225	510–512
4.6.2.2 Divergenz	227	513–514
4.6.2.3 Verfahrensfehler	228	515
4.6.3 Entscheidung über die Zulassung der Revision	229	516–519
4.6.3.1 Revisionszulassung durch das LSG	229	516
4.6.3.2 Sprungrevision	229	517–519
4.6.4 Revision als Kontrolle der Rechtsanwendung .	232	520
4.6.5 Einlegung und Begründung der Revision	232	521–525
4.6.5.1 Vertretungszwang vor dem Revisionsgericht ..	232	521–524
4.6.5.2 Formelle Anforderungen an Einlegung und Begründung der Revision	234	525
4.6.6 Verletzung von Bundesrecht	235	526–528
4.6.7 Entscheidung des Revisionsgerichts	236	529–534
4.6.7.1 Verwerfung der unzulässigen Revision	236	529
4.6.7.2 Entscheidung über die zulässige Revision	237	530–531
4.6.7.3 Zurückverweisung des Rechtsstreits	238	532–534
4.6.8 Mündliche Verhandlung vor dem Revisionsgericht	239	535–537
4.7 Beschwerde	241	538–543
4.7.1 Statthaftigkeit	241	538–540
4.7.2 Zulässigkeit	244	540
4.7.3 Verfahren	245	541

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
4.7.4 Kosten	245	542
4.7.5 Rechtsmittel	246	543
4.8 Nichtzulassungsbeschwerden	246	544–560
4.8.1 Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision	246	544–555
4.8.1.1 Gesetzliche Ausgestaltung des Beschwerde- verfahrens	246	545–549
4.8.1.2 Verwerfung als regelmäßiges Schicksal der Beschwerde?	248	550–555
4.8.2 Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung	252	556–560
4.9 Der vorläufige Rechtsschutz	254	561–574
4.9.1 Die aufschiebende Wirkung im Klageverfahren	254	561–568
4.9.2 Die einstweilige Anordnung	258	569–573
4.9.3 Kosten	260	574
4.10 Wiederaufnahmeverfahren	261	575–598
4.10.1 Zulässigkeitsvoraussetzungen	261	575–592
4.10.1.1 Zulässigkeit gemäß ZPO	262	578–587
4.10.1.2 Zulässigkeit gem. § 179 Abs. 2	266	588
4.10.1.3 Weitere Zulässigkeit gem. § 180	266	589–592
4.10.2 Das Verfahren der Wiederaufnahme	268	593–596
4.10.3 Neue Verhandlung	269	597
4.10.4 Gegenvorstellung	269	598
4.11 Vollstreckung	270	599–606
Literaturverzeichnis	277	
Stichwortverzeichnis	281	